©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diskussion

KLAUS-MICHAEL MALLMANN

GEHORSAME PARTEISOLDATEN ODER EIGENSINNIGE AKTEURE?

Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse – Eine Erwiderung*

I.

Mein Buch „Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung"[1] ist sehr unterschiedlich aufgenommen worden. Die Rezensionen im angelsächsischen Raum waren durchweg positiv. Conan Fischer sprach von einer „excellent, innovative study"[2], und David F. Crew schrieb gar: „Few books completely transform the way we think about a subject. This is one of them."[3] In Deutschland hingegen war die Reaktion äußerst polarisiert und kontrovers: Während Karsten Rudolph vor einer „sinnlose[n] Konfrontation" der Politikgeschichte durch eine „soziologisch verengte Historiographie" warnte[4], befand Thomas Welskopp: „Wie sehr die politische Geschichte sozialer Bewegungen von einer kulturhistorischen Erweiterung profitieren kann, zeigt K. M. Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik."[5] Hermann Weber warf dem Band einen „Rückfall hinter den erreichten Forschungsstand" vor[6], während Adelheid von Saldern ihm bescheinigte, daß er „den Forschungshorizont [erweitert] und den Blick auf zahlreiche Fragestellungen [öffnet]"[7].

* Mein Dank gilt dem Kulturwissenschaftlichen Institut im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, wo diese Replik entstand.

1 Vgl. Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.

2 Conan Fischer, in: Journal of Modern History 70 (1998), S. 743–745, hier S. 744.

3 David F. Crew, in: Journal of Social History 31 (1997), S. 449–452, hier S. 449; sehr positiv auch die Besprechungen von Eric D. Weitz in: German Historical Institute London Bulletin 19 (1997), S. 64–69, und Donna Harsch in: American Historical Review 103 (1998), S. 219f.

4 Karsten Rudolph, Das Scheitern des Kommunismus im deutschen Oktober 1923, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 32 (1996), S. 484–519, hier S. 484.

5 Thomas Welskopp, Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 173–198, hier S. 192.

6 Hermann Weber in: Die Zeit v. 14. 6. 1996.

7 Adelheid von Saldern in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997), S. 755–757, hier S. 757.

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Unterschiede in der Bewertung werfen Fragen auf: Sind die Standards der Beurteilung völlig ins Wanken geraten? Verhindert die anhaltende Politisierung des Themas eine Beschäftigung sine ira et studio? Oder provoziert das Aufbrechen jahrzehntelang beschworener Dogmen derlei Divergenz? Gleichwohl möchte ich hier nicht in der Manier Daniel Goldhagens über das „Versagen der Kritiker" räsonieren. Statt dessen will ich mich mit den Argumenten Andreas Wirschings befassen, der in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte die bislang ausführlichste Stellungnahme in dieser Kontroverse verfaßt hat[8]. Um jedoch keine Gespensterdebatte zu führen, die nur den Eingeweihten verständlich ist, möchte ich zunächst Ansatz und Perspektive meiner Studie verdeutlichen, ehe ich einige ihrer Ergebnisse in Auseinandersetzung mit den Einwänden Wirschings diskutiere.

II.

Mein Buch analysiert eine weitgehend unbekannt gebliebene Größe: die Basis der Weimarer KPD, ihre Zusammensetzung und Herkunft, ihre Prägungen und Erfahrungen, ihre Integrationsmechanismen und Wahrnehmungsmuster, Maßstäbe und Optionen, ihre Position in der lokalen Gesellschaft, ihre praktische Politik vor Ort. Diese Frage nach der gesellschaftlichen Verortung der Weimarer Kommunisten warf zugleich eine Fülle weiterer Probleme auf, die eng damit verbunden sind. Es galt etwa auch zu untersuchen, wie tief die politische Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ging, inwieweit noch von *einer* Arbeiterbewegung die Rede sein konnte, ob die unterschiedlichen Optionen „Demokratie" und „Diktatur" wirklich ein Leben in getrennten Sphären bedingten, ob und inwieweit es noch alltagsweltliche, aber auch weltanschauliche Berührungspunkte, ja Übereinstimmungen gab.

Daß sich die Kommunismusforschung mit diesen Grundfragen bislang nur punktuell und nicht systematisch beschäftigte, resultierte aus jenem methodischen und heuristischen Kurzschluß, den Heinz Hürten für sein Thema – die Katholiken – treffend benannte: „Das Leben der Kirche und der Gläubigen geht nicht in Kirchenpolitik auf. Weil sie aber besser als die Realität des alltäglichen Lebens dokumentiert ist, gerät der Historiker nur zu leicht in die Gefahr, sie für das Ganze zu halten."[9] Doch die KPD-Forschung subsumierte die kommunistischen „Gläubigen" – d.h. die Parteimitglieder – unter die Politik ihres Episkopats – des Politbüros, des Zentralkomitees und der Sekretäre der Bezirksleitungen – sowie ihrer Kurie – der Zentrale der Komintern –; damit reduzierte sie, um in Hürtens Terminologie zu bleiben, das „Leben der Kirche" auf die „Kirchenpolitik".

---

[8] Vgl. Andreas Wirsching, „Stalinisierung" oder entideologisierte „Nischengesellschaft"? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: VfZ 45 (1997), S. 449–466.

[9] Heinz Hürten, Deutsche Katholiken 1918–1945, Paderborn u. a. 1992, S. 271.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Legitimität und Plausibilität erhielt diese Perspektive insbesondere durch Hermann Webers einflußreiche Denkfigur der „Stalinisierung". Denn in „einer monolithischen, straff disziplinierten und zentralisierten Organisation, in der die Führung mit Hilfe des hierarchisch aufgebauten Parteiapparats (d. h. der hauptamtlichen, von der Partei bezahlten Funktionäre) die Mitglieder beherrscht und die Politik im Sinne und entsprechend den Weisungen der Stalinschen KPdSU bestimmt", wie Weber die KPD wiederholt beschrieb[10], schien der Blick auf die Basis schlichtweg überflüssig zu sein. Weil Mitgliedern ohne Eigengewicht keine praktische Relevanz zukam, da bei ihnen keine Entscheidungsalternativen zu suchen waren, lohnte es sich nicht, dort genauer hinzuschauen. Als vorgebliche Quantité negligeable erweckte die Parteibasis somit kein Forschungsinteresse.

Mit der Wahrnehmung der Mitglieder als bloße Objekte der Manipulation von „oben", als akklamierende Staffage, wuchs gleichzeitig die Neigung, Beschlüsse der Parteiführung für die Praxis der Partei zu halten, ohne nach ihrer Umsetzung zu fragen. Die Frage, was davon vor Ort ankam, was davon realisiert wurde und was aus welchen Gründen nicht, wurde häufig nicht einmal gestellt. Das monolithische Bild „bolschewistischer Geschlossenheit" – als Propagandaimage in der Weimarer KPD-Presse immer wieder beschworen und in der SED-Geschichtsschreibung 40 Jahre lang bejubelt – hielt so durch die Hintertür Einzug in die Wissenschaft; der Blick auf die Parteibasis war damit gleich dreifach verstellt. Gerade weil das „Stalinisierungs"-Theorem forschungsstrategisch katastrophal wirkte und vieles verschüttete, indem es Fragen unterband und Denkverbote sanktionierte, erschien es notwendig, die Frage nach seinem analytischen und realhistorischen Gehalt in den Untersuchungskatalog aufzunehmen. Das Problem, wie weit das politische Bestimmungsmonopol der Führung wirklich reichte, welchem Eigen-Sinn der Mitglieder es begegnete, wie parteiinterne Konflikte strukturiert waren, wurde darum zu einem weiteren roten Faden meiner Studie[11].

III.

1) Analytisch rügt Wirsching vor allem, daß ich nicht idealtypisch konstruierte Milieuformen „systematisch im Max Weberschen Sinne als analytische Instrumente zur empirischen Messung der Wirklichkeit angewendet" habe[12]. Diese Kritik klingt zwar einleuchtend, geht aber meilenweit an der sozialhistorischen Forschungspraxis, ihren Erfordernissen und Möglichkeiten vorbei. Eine Gesellschaftsgeschichte, die über die „harten" Daten der Sozial- und Wahlstatistik hinaus die Räume der Wahr-

[10] Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1969, S. 8; fast wörtlich auch ders., Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929–1933, Düsseldorf 1982, S. 94.

[11] Vgl. ausführlich Mallmann, Kommunisten, S. 54 ff., 142 ff., 339 ff.

[12] Wirsching, Stalinisierung, S. 454.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nehmung, Deutung und Erfahrung, der Kommunikation und Interaktion ausloten will und gleichzeitig am Gebot der Repräsentativität orientiert bleibt, steht nämlich vor weit größeren Problemen als eine programm- und ideologieorientierte Politikgeschichte. Während letztere durchaus in einem Schritt erfolgreich sein kann, muß erstere mehrere Schritte tun, mikroanalytisch vorgehen, kleine Räume mit allen ihren Wirkungsfaktoren separieren und ausleuchten, die Subjektivität von homines illitterati zu rekonstruieren versuchen.

Politikgeschichte kann zwar scheinbar per se ein repräsentatives Ergebnis vorweisen, sie läßt jedoch die – in aller Regel nicht gestellte – sozialhistorische Frage nach der praktischen Relevanz unbeantwortet. Innovative Gesellschaftsgeschichte hingegen kann zwar für sich in Anspruch nehmen, ein jeweils kleines Stück historischen Bodens mit allen Tiefensonden zu vermessen, sie wird jedoch sofort – das lehrt die Erfahrung – mit der Frage konfrontiert, wie repräsentativ eigentlich ihre Resultate seien; sie steht außerdem vor der Gefahr, falls diese Resultate nicht „schmecken", als Sonderfall der Sonderfälle abgetan zu werden. Eine Gesellschaftsgeschichte der genannten Komplexität braucht daher notwendigerweise Mikroanalyse und Typenbildung, Synopse und Vergleich, um verallgemeinerbare Ergebnisse vorlegen zu können, die in ihrer Reichweite über den einzelnen Ort mit all seinen (potentiellen) Besonderheiten hinausreichen. Diese induktive Vorgehensweise wiederum impliziert ein arbeitsteiliges Verfahren, da es die Möglichkeiten eines einzelnen Forschers übersteigt.

Angesichts dieser Problematik konnte es mir „nur" darum gehen, den Blick auf den sozialen Sockel der KPD zu öffnen, dafür ein analytisches Plateau zu liefern: durch Überprüfung der bisherigen Denkfiguren, durch Aufbereitung der vorhandenen empirischen Befunde, durch die Erschließung neuen Terrains und durch Entwicklung von Idealtypen, Zusammenhangsannahmen und Plausibilitätsüberlegungen. Ein derartiger Vorstoß in (relatives) Neuland kann keine abgeklärte Analyse sein, er ist notwendigerweise skizzenhaft, ein erstes Gesamtbild, das der Überprüfung bedarf. Darin liegt meines Erachtens der Verdienst, aber auch die notwendige Beschränkung meines Buches.

Konkret bedeutet das, daß die Studie auf zwei empirischen Säulen ruht: Zum einen auf einer regionalen Tiefbohrung im Saargebiet, die dafür alle Quellen ausschöpfte und auch die personale, lebensgeschichtliche Dimension erschloß; daß dazu die Auswertung von ca. 40000 Wiedergutmachungsakten notwendig war, zeigt, wie groß ein derartiger Aufwand ist, selbst wenn er „bloß" 1 Prozent der Weimarer Kommunisten genauer erkennbar werden läßt. Zum zweiten basiert sie auf einer breiten Auswertung der archivalischen KPD-Überlieferung, der verschiedenen Parteiperiodika, der vorhandenen Regionalliteratur, des Memoirenspektrums und einiger Oral-History-Ergebnisse, die jedoch zwangsläufig nur Befundfragmente liefern konnte. Gleichwohl repräsentiert diese Mischung mit all ihren Unebenheiten exakt all das Wissen, das derzeit verfügbar ist.

Hinsichtlich des für meine Fragestellung wesentlichen Problems, inwieweit die Kommunisten trotz der Spaltung von SPD und KPD noch lebensweltlich im über-

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommenen sozialistischen Milieu verankert blieben, behielt ich bewußt eine Diktion der Annäherung bei. Ich sprach deswegen von Milieukontexten oder -zusammenhängen, um spezifische Verbindungen deutlich zu machen, ohne mich jedoch jeweils auf bestimmte Konstellationen und Beschaffenheiten festlegen zu wollen und zu können. Diese Skizze mag korrekturbedürftig sein (wofür Wirsching freilich keine Argumente vorbringen kann), sie bedarf auf jeden Fall der Präzisierung und Differenzierung. Wie es sich etwa um Konvergenz und Divergenz regional, lokal und sublokal jeweils genau verhielt, konnte hier nicht geklärt werden. Dies muß Gegenstand künftiger Detailuntersuchungen sein. Ich stimme darin Klaus Weinhauer voll und ganz zu, der in einer Rezension meines Buches vergleichende Fallstudien anregte, die die Organisations- und die Sozialgeschichte des deutschen Kommunismus endlich zusammenführen; er schloß mit der Feststellung: „Diese Maximalforderung läßt sich aber erst jetzt aufstellen, nachdem Mallmann mit seiner wegweisenden Studie frischen Wind in die KPD-Forschung gebracht hat. Eine äußerst wichtige sozialhistorische Grundlage ist geschaffen, auf deren Basis weitere Arbeiten entstehen können."[13]

2) Wirsching tut sich schwer mit Grautönen und Ambivalenzen, Übergängen und Uneindeutigkeiten; er liebt klare Unterscheidungen, Zuordnungen und Verhältnisse. Kommunisten definieren sich für ihn durch den Vollzug von Parteidirektiven. Für mich stehen sie in einem Spannungsfeld zwischen zentral erlassener Generallinie und eigener Lebenswelt. Milieus sind für Wirsching eindeutig auf eine Partei bezogen. Für mich jedoch sind die Weimarer Milieus nicht mehr bloße Stammwählergemeinden einer bestimmten Partei wie im Kaiserreich, sondern deren politisch diffusere Fortsetzung. Sie standen in lebensweltlicher und weltanschaulicher Hinsicht in der Kontinuität ihrer wilhelminischen Vorläufer, hatten aber an parteipolitischer Eindeutigkeit eingebüßt. Sie waren – dies betraf die sich als sozialistisch verstehende Arbeiterschaft und folgenreicher noch die konservativen und liberalen Milieus – nicht zuletzt deswegen potentiell fähig zur Radikalisierung ihrer jeweiligen ideologischen Option und prinzipiell offen für einen politischen Repräsentanzwechsel[14]. Bei aller Akzentuierung der Unterschiede gegenüber der Außenwelt waren sie in sich heterogener geworden, empfänglicher für Tabula-rasa-Lösungen, wuchs in ihnen bereits früh die Bereitschaft zur Absolutsetzung ihrer Heilsbotschaft, zum Abbau bis dahin gültiger zivilisatorischer Schranken[15].

---

[13] Klaus Weinhauer in: Archiv für Sozialgeschichte 37 (1997), S. 593–596, hier S. 596.

[14] Vgl. Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1992, S. 140ff.; Franz Walter/Helge Matthiesen, Milieus in der modernen deutschen Gesellschaftsgeschichte. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), Anpassung – Verweigerung – Widerstand. Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich, Berlin 1997, S. 46–75.

[15] Vgl. lokal signifikant Helge Matthiesen, Zwei Radikalisierungen – Bürgertum und Arbeiterschaft in Gotha 1918–1923, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), S. 32–62; Horst Glück, Parteien, Wahlen und politische Kultur in einer württembergischen Industrieregion. Die Stadt Esslingen und der Mittlere Neckarraum, Esslingen 1991, S. 134ff.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dies reflektierte die Erschütterungen durch die Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs und deren Konsequenzen, setzte gleichzeitig aber auch ältere Tendenzen fort. Denn politisch gesehen waren die Milieus nie aus einem Guß gewesen. Auch das Ghetto der wilhelminischen Sozialdemokratie – zweifellos geschlossener als seine Fortsetzung in der Weimarer Republik – war in Strategie und Taktik, in der Bewertung bestimmter Sachverhalte und Konstellationen immer zerstritten. Lassalleaner und Marxisten, Anhänger Kautskys und Bernsteins lebten dort unter einem Dach, Bremer Linksradikale wie Stief und Pannekoek ebenso wie süddeutsche Reformisten in der Tradition Georg von Vollmars. Selbst damals waren der politischen Eindeutigkeit klare Grenzen gesetzt.

Gewiß bedeutete der politische Ausdifferenzierungsprozeß, der 1917 mit der Abspaltung der USPD begann, 1922 mit der Rückkehr der Rest-USPD zur SPD endete und im Ergebnis die Existenz zweier sozialistischer Parteien festschrieb, mehr als das Vorhandensein der bisherigen Flügel und Richtungen. Doch die mageren Resultate der Revolution, die sich schnell verhärtende Front zum Bürgertum, die Präsenz der Freikorps und Einwohnerwehren, die im Kapp-Putsch und in der Attentatswelle kulminierende Gefahr der „Konterrevolution" sorgten dafür, daß man sich nach wie vor einigelte. Es fand keine Öffnung des Milieus statt, sondern eine noch deutlichere Abschottung[16]. Eine Momentaufnahme mag dies illustrieren: Im Mai 1920 schrieb das Organ der schleswig-holsteinischen USPD: „Einmal [...] wird zur Mitgliedschaft der Kieler Freien Volksbühne nur die organisierte Arbeiterschaft zugelassen, d. h. Mitglieder der SPD, USPD, KPD und der freien Gewerkschaften. In Leipzig ist die Volksbühne zu einer Vereinigung geworden, die von dem Bürgertum zum Genuß billiger Theatervorstellungen benutzt wird. Das wird hier ausgeschaltet, denn die Bildungskörperschaften und Arbeiterparteien haben sich nur unter der Voraussetzung an den Vorarbeiten beteiligt, daß die Volksbühne eine Angelegenheit der sozialistischen Arbeiterschaft bleibt."[17]

Die SPD- und USPD-Basis hielt Abstand zum Bürgertum und blieb gleichzeitig in Tuchfühlung zum kommunistischen Nachbarn, verhielt sich eben nicht genauso trennscharf, wie Wirsching es gerne hätte. Diese ambivalente Mischung aus Intimität und Distanz, diese Gemengelage aus Gemeinsamkeit, Ähnlichkeit, Differenz und Gegnerschaft begründete nicht unbedingt Freundschaften, schuf aber Nähe. „Die deutschen Kommunisten sind [...] – das wollen wir doch nicht vergessen – Fleisch und Blut von unserem eigenen Fleisch und Blut. Sie sind unsere mißratenen Brüder. Sie wurzeln in einer Weltanschauung, die auch die unsrige ist. Wir haben als politi-

[16] So bilanzierend Peter Lösche, Einführung zum Forschungsprojekt „Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik", in: Franz Walter, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1990, S. 16ff.

[17] Zit. nach Uwe Carstens, „Welcher Proletarier zweifelt noch daran, daß die bürgerlichen Sportvereine zu den kräftigsten Stützen der Reaktion gehören?" Kultureller Aufbruch nach 1918, in: Gerhard Paul/Uwe Danker/Peter Wulf (Hrsg.), Geschichtsumschlungen. Sozial- und kulturgeschichtliches Lesebuch Schleswig-Holstein 1848–1948, Bonn 1996, S. 143f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Parteien gleichen geistigen Ursprung"[18], konnte man etwa in der SPD-Presse 1928 lesen. Dies war – wie der Kontext zeigt – durchaus als Kampfansage und nicht als Bündnisangebot gemeint –, und doch demonstrieren Sätze wie diese die spezifische Bezogenheit und Verwandtschaft. Das organisatorische Rückgrat dieser Milieuzusammenhänge bildeten die Freien Gewerkschaften und die Arbeiterkultur- und -sportvereine, die die politische Spaltung überwölbten und nach wie vor Interaktion und Kommunikation garantierten. Daß letztere erst in den Stabilitätsjahren der Weimarer Republik den Höhepunkt ihrer Organisationsentwicklung und -ausdifferenzierung, den Zenit ihrer Mitgliederzahlen erreichten[19], ist ein deutlicher Indikator dafür, daß von einer Auflösung des ihnen zugrundeliegenden sozialen Substrats nicht die Rede sein kann.

Auch dort setzte sich die bereits beschriebene Ambivalenz fort: Denn Milieu war nie eine „entideologisierte Nischengesellschaft", wie Wirsching bereits im Titel seiner Kritik unterstellt und im Text mehrfach wiederholt, sondern stets eine lebensweltlich ausgestaltete Weltanschauungsagglomeration mit spezifischen Wahrnehmungsweisen und Werthaltungen, Deutungsmodellen, Interpretationsangeboten und Heilserwartungen. Seinen Sozialisationserfolg aber verdankte es ganz entscheidend der Tatsache, daß es das „Sowohl-als-auch" zu verkoppeln verstand, daß es vor-politische und hoch-politische Aktivitäten zugleich organisierte und aufeinander bezog, daß es so bestimmte Verkehrskreise erzeugte, gleichermaßen Vergemeinschaftungs- und Ausgrenzungsprozesse initiierte. Obwohl es bekanntermaßen weder linken noch rechten Fußball gibt, implizierte die Versäulung des Vereins- und Verbandswesens nach den Regeln der politischen Farbenlehre damit verinnerlichte Lagermentalität, Abschluß gegenüber Andersdenkenden, eine antibürgerliche und antiklerikale Attitüde. Konkret: Für den Stahlhelmer, den praktizierenden Katholiken war in den Arbeitersportvereinen kein Platz, selbst wenn sie Arbeiter waren und noch so gut Fußball spielten. Gerade diese Doppelgesichtigkeit demonstriert die nur relative Entideologisiertheit dieses Milieus.

Natürlich hat Wirsching recht, wenn er betont, daß beide Arbeiterparteien spezifische Identitäten zu stiften versuchten, daß beide auch – wie ich gleich hinzufügen möchte – exklusive Deutungsmuster besaßen[20]. Daneben aber – und dies ist bei der Frage nach existenten Milieuzusammenhängen entscheidend – gab es ein breites Feld der Übereinstimmungen, Konvergenzen und semantischen Brücken, das selbst bei differierender Interpretation den Austausch in derselben Terminologie ermöglichte. Dies reichte vom „Klassenkampf" über den „Sozialismus" bis hin zur „klassenlosen Gesellschaft"; und selbst die „Diktatur des Proletariats" war bekanntlich

[18] Zit. nach Torsten Kupfer, Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt 1918–1933, Weimar/Köln/Wien 1996, S. 116.

[19] Vgl. Peter Lösche/Franz Walter, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 511–536.

[20] Vgl. Wirsching, Stalinisierung, S. 454f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keine Erfindung Lenins, sondern ein Marxsches Diktum[21]. Die Daten der KPD-„Reichskontrolle" von 1927 machen denn auch deutlich, daß es nicht nur einen stetigen Wählerwechsel, sondern auch einen ständigen Mitgliederaustausch gab, und sie demonstrieren überdies die Grenzen der parteispezifischen Identitätsstiftung[22].

Es ist – wie dargelegt – unmöglich, global festzulegen, wie Konvergenz und Divergenz sich vor Ort jeweils mischten. Regional, lokal und sublokal unterschiedliche, ja widersprüchliche Konstellationen konnten sich da überlagern, und natürlich sind auch Veränderungen in Reaktion auf die historische Entwicklung in Rechnung zu stellen. Daß es jedoch längst nicht nur Milieuzerfall gab, wie man vorschnell annehmen könnte, mag das Beispiel Leuna zeigen: 1926 war dort – wenig verwunderlich nach der „Märzaktion" 1921 – das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten von strikter Separation gekennzeichnet[23]. Drei Jahre später aber klagte die KPD-Bezirksleitung Halle-Merseburg darüber, daß die eigenen Mitglieder dort Koalitionen mit der SPD bei den Betriebsratswahlen anstrebten[24]. Hier ließe sich geradezu von einer Entwicklung zurück zu Milieukontexten sprechen.

Und es gab quer durch Deutschland stets auch Allianzen, die die politische Spaltung schlichtweg ignorierten: Selbst im Freistaat Anhalt, dem Musterland des sozialliberalen Sonderwegs, wo SPD und DDP zusammen fast 15 Jahre lang die Regierung stellten, existierten in einigen Orten „Arbeiterlisten", auf denen SPD- und KPD-Mitglieder gemeinsam kandidierten[25]. Im Oberhausener Stadtteil Osterfeld hoben die Fraktionen von SPD und KPD ausgerechnet 1929, als das Komintern-Verdikt des Sozialfaschismus erlassen wurde, im Ortsausschuß die Spaltung der Arbeiterbewegung auf, indem sie sich zusammenschlossen[26]. Man kann zu Recht nach der Reichweite solcher Beispiele fragen, aber allein die Tatsache, daß es sie gab, demonstriert die Untauglichkeit des exklusiven Blicks auf die Generallinie und zeigt die Vielstimmigkeit kommunistischer Politik. Gewiß waren diese Fälle Ausnahmen, aber sie beweisen doch zweierlei: die spezifische Nähe, aber auch die Tatsache, daß sich die Mitglieder keineswegs sklavisch an die Beschlußlage hielten.

Wie wenig es reicht, nur die Richtlinienpraxis zu beachten, zeigen insbesondere die Einheitsfrontbestrebungen 1932/33. Denn die KPD-Generallinie „Hauptfeind Sozialdemokratie" wurde damals an der Basis geradezu konterkariert. „Wir haben uns nicht gemieden", beschrieb etwa ein Kommunist aus Wanne-Eickel sein Verhältnis

---

[21] Ausführlich Mallmann, Kommunisten, S. 261 ff.

[22] Vgl. ebenda, S. 118, 191.

[23] Vgl. Bericht KPD-Bezirksleitung Halle-Merseburg vom 12. 11. 1926, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (künftig: SAPMO-BA), I 3/11/16.

[24] Vgl. Bericht Gewerkschaftsabteilung der KPD-Bezirksleitung Halle-Merseburg für den Zeitraum 15. 5.–31. 7. 1929, in: Ebenda, I 3/11/52.

[25] Vgl. Kupfer, Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt, S. 117.

[26] Vgl. Fritz Mogs, Die sozialgeschichtliche Entwicklung der Stadt Oberhausen (Rhld.) zwischen 1850 und 1933, Diss. Köln 1956, S. 225.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu Sozialdemokraten. „Mit dem Reichsbanner der SPD haben wir gemeinsame Aktionen gemacht. Nee, das war nicht gegeneinander. Im Wahlkampf ja. Aber sonst, wir kannten uns ja alle. Aber als die Nazis hochkamen, haben wir zusammen Aktionen gemacht. Das waren keine Sozialfaschisten, so die offizielle Linie. Die Sozialdemokraten waren alle Arbeiter. Die sind sogar zu mir gekommen, um mit mir zu diskutieren. Während des Severing-Putsches 1932 saßen wir alle nachts zusammen in Eickel in den Gartenlauben. Wir haben darauf gewartet, daß ein Signal kommt zum Losschlagen."[27] Daß dies keine retrospektiv harmonisierten Erinnerungen sind, ist evident; denn es gab kaum einen größeren Ort, in dem es damals nicht zu gemeinsamen Demonstrationen und Kundgebungen kam[28]. Gerade diese Aktionen gegen den Willen beider Parteiführungen verdeutlichen die klassische Milieueigenschaft: Zusammenrücken in der Stunde der Gefahr.

Wirsching war die fehlende Trennschärfe nicht geheuer. Er hat darum nachgelesen, und eines der beiden von mir erwähnten Photos, auf denen die Embleme beider Parteien – Hammer und Sichel sowie die drei Pfeile – gemeinsam auf einer Fahne zu sehen sind, stammt doch tatsächlich vom 19. Februar 1933. Dies zieht einen strengen Verweis nach sich: Es sei „unzulässig", einen derartigen Beleg heranzuziehen, da sich zwischenzeitlich „die politischen Rahmenbedingungen völlig gewandelt hatten"[29]. Darum geht es aber gar nicht. Relevant in diesem Kontext ist lediglich das Faktum, daß es solch erstaunliche Symbiosen – erdacht von kommunistischen und/oder sozialdemokratischen Mitgliedern – überhaupt gab, obwohl die KPD-Presse bereits seit Jahren gegen die „Sozialfaschisten" wetterte und die SPD-Blätter die Kommunisten als „Kozis" mit der NSDAP gleichsetzten. Gibt es einen besseren Beweis für die Langlebigkeit von Milieuzusammenhängen?

3) Direktiven von „oben" sind für Wirsching gewissermaßen das kommunistische Lebenselixier. Wie sehr eine derartige Sichtweise in die Irre führen kann, zeigen seine Bemerkungen zum links-proletarischen Vereinswesen im Kultur- und Sportbereich. Wirsching verweist auf einen „häufig instrumentale(n) Charakter" des Beitritts von Kommunisten[30] und belegt dies mit wiederkehrenden Anweisungen zur Fraktionsarbeit. Wer diese überhaupt kannte, wer sie befolgte, fragt er nicht. Vor allem aber stellt er nicht die Frage nach dem sozialen Gebrauchswert dieser Vereine für ihre Mitglieder. Praxis von Kommunisten – so lautet die methodologische Botschaft – definierte sich durch zentrale Richtlinien. Man ging demnach als Unterwanderer in einen Arbeitersportverein, nicht weil man gern Fußball spielte, nicht weil dies Freizeit unter und mit jenen bedeutete, die man als seinesgleichen ansah.

---

[27] Zit. nach Norbert Kozicki, „Wir waren die Stärksten der Parteien". Kommunisten in Wanne-Eickel, in: Frank Braßel/Michael Clarke/Cornelia Objartel-Balliet (Hrsg.), „Nichts ist so schön wie ...". Geschichte und Geschichten aus Herne und Wanne-Eickel, Essen 1991, S. 164f.

[28] Vgl. ausführlich Mallmann, Kommunisten, S. 365ff.; über die Fülle der dort genannten Beispiele hinaus vgl. mit weiteren Quellennachweisen Donna Harsch, German Social Democracy and the Rise of Nazism, Chapel Hill/London 1993, S. 196ff., 324ff.

[29] Wirsching, Stalinisierung, S. 458.

[30] Ebenda, S. 455.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Grosso modo bestand die Praxis eines Arbeitersportvereins darin, einmal pro Woche ein Kräftemessen in diversen Disziplinen zu organisieren und dabei die Standards der bürgerlichen Pendants zu erreichen oder gar zu übertrumpfen. Störte ein Mitglied diese sportive Idylle durch politische Agitation, dann bedeutete man ihm, daß dafür „die Parteien" zuständig seien. Der Versuch einer Instrumentalisierung der Vereine stieß damit an eine doppelte Schranke: an den von jedem einzelnen Mitglied anerkannten Wert des Vereinszwecks und an die Beharrungskraft des sozialen Organismus „Verein", möglichst autonom und ausschließlich, geschlossen und effizient seine ureigenen Ziele zu verfolgen; entsprechende Versuche von kommunistischer bzw. sozialdemokratischer Seite neutralisierten sich so wechselseitig. Gezielte kommunistische Unterwanderung und Fraktionsarbeit in diesem Feld war darum selten. Sie blieb weitgehend eine Projektion des KPD-Feldherrnhügels, Wunschtraum und Imperativ zugleich, um diesen ungeliebten, aber zählebigen Relikten der wilhelminischen Sozialdemokratie wenigstens taktisch etwas abzugewinnen[31].

Im Ruhrgebiet beispielsweise klagte die KPD-Bezirksleitung 1926 darüber, daß die „Naturfreunde" in einer eigenen Welt lebten und die Parteimitglieder unter ihnen nicht Fraktionsarbeit, sondern die Betrachtung bestimmter Gesteinsformationen betrieben[32]. Und in Berlin stellte das Funktionärsorgan des Unterbezirks Zentrum noch 1931 fest: „Unsere Genossen gehen vielfach in der irrigen Meinung auf, daß sie nur Mitglied der Massenorganisation sind und haben gleichzeitig die Auffassung, daß die Partei nur eine Nebenorganisation sei."[33] Beispiele dieser Art ließen sich aufreihen wie an einer Perlenkette – zeitübergreifend quer durch alle Bezirke und Verbände. Auch die Spaltung des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes 1928/29 beruhte nicht auf „Parteibefehl", sondern war zunächst ein sozialer Reflex, ein Solidarisierungseffekt mit jenen kommunistischen Sportfunktionären, die das Opfer der Ausschlußoffensive der sozialdemokratischen Verbandsführung um Fritz Wildung und Cornelius Gellert gewesen waren[34]. Und selbst danach dividierten sich die Mitglieder keineswegs säuberlich nach parteipolitischen Optionen auf: Im Herner Ruderverein „Vorwärts" etwa tangierten die von „oben" losgetretenen Konflikte keineswegs die jahrelang gewachsene Gemeinschaft; die ohnehin vorherrschende Haltung, daß „die Parteipolitik in unserem Verein nichts zu suchen hat", ließ es nicht zur Spaltung kommen[35]. In etlichen Fällen blieben die kommunistischen Sportler in den ATSB-Vereinen[36], optierten umgekehrt aber auch Sozialdemokraten für den Verbleib in

[31] Vgl. ausführlich Mallmann, Kommunisten, S. 166 ff.

[32] Vgl. Bericht KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet v. 9. 12. 1926, in: SAPMO-BA, I 3/18-19/11.

[33] „Unsere revolutionäre Massenarbeit" Nr. 2 (Undatiert/1931), in: Ebenda, I 3/1-2/53.

[34] Vgl. Eike Stiller, Jugend im Arbeitersport. Lebenswelten im Spannungsfeld von Verbandskultur und Sozialmilieu von 1893–1933, Münster ²1995, S. 374 ff.

[35] Ralf Klein, „Sich frei schwimmen". Die Wassersportler und Schwimmer der Herner Arbeitersportbewegung, in: Braßel/Clarke/Objartel-Balliet, Nichts ist so schön, S. 134–139, hier S. 138.

[36] Vgl. Horst Ueberhorst/Gerhard Hauk/Ralf Klein/Jean-Luc Malvache/Eike Stiller, Arbeitersport- und Arbeiterkulturbewegung im Ruhrgebiet, Opladen 1989, S. 55.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommunistisch geführten Vereinen, obwohl diese deswegen aus dem ATSB ausgeschlossen worden waren[37].

Zu keinem Zeitpunkt und in keinem Politikfeld wurde die von „oben" dekretierte Linie gewissermaßen im Verhältnis 1 : 1 umgesetzt. Dies war der KPD-Führung auch stets bewußt. 1919 beklagte die Bezirksleitung Wasserkante bei den Mitgliedern „Nachlässigkeit und Lauheit in der einfachsten Pflichterfüllung"[38]. 1925 befand sie: „Alle Anweisungen der Bezirksleitung, welcher Art sie auch sein mögen, werden von den Ortsgruppen als eine unnötige Arbeit empfunden"; sie würden „skeptisch aufgenommen und mit mitleidigem Lächeln oft in einen Schubkasten verbannt"[39]. Und 1928 lautete das düstere Urteil: „Wenn wir uns jetzt die Partei ansehen, können wir feststellen, daß es Schwierigkeiten mit sich bringt, die Politik der Partei an die Mitglieder heranzubringen, geschweige denn an die Massen."[40] Ähnlich sah es auch im Ruhrgebiet aus: Für die dortige Bezirksleitung stand 1925 fest, daß große Teile der Partei Sozialdemokraten seien und nie etwas anderes würden[41]. Die Instrukteure beklagten dort stets aufs neue die Passivität der Mitglieder, die fehlende Durchführung von ZK-Instruktionen und die Existenz von Organisationsattrappen und Phantom-Betriebszellen, die lediglich auf dem Papier bestanden[42]. Auch in der ultralinken Phase änderte sich daran nichts. Im Arbeitsplan der Bezirksleitung für November 1930 beispielsweise befand man: „Es muß endlich Schluß damit gemacht werden, daß unsere Arbeit sich nur lediglich auf Referate und Anweisungen beschränkt und nicht in die Praxis umgesetzt wird."[43]

Dies waren keine Botschaften, die man in die Welt hinausposaunte – dort triumphierte stets das propagandistische Zerrbild von der „ehernen Kohorte der Revolution" –, doch in selbstkritischen Momenten gestand man sich ein, daß die Parteiwirklichkeit durchaus nicht bolschewistischen Maximen entsprach. Die Historiographie sollte diese Hinweise auf die Realität kommunistischer Politik endlich ernstnehmen und damit aufhören, bloße Propagandavorgaben zu reflektieren. Denn die Vorstellung, Politik erschöpfe sich in den Direktiven der Spitzenfunktionäre, in der Generallinie, erweist sich beim näheren Hinsehen als irrig. Gleichzeitig bedeutet das, daß die Wiedergabe von Parteibefehlen kein Ersatz für eine Analyse des Mitgliederver-

---

[37] Vgl. etwa Max Zimmering, Widerstandsgruppe „Vereinigte Kletter-Abteilung". Ein Bericht von der Grenzarbeit der Dresdener Arbeiterbergsteiger in der Sächsischen Schweiz und dem östlichen Erzgebirge, Berlin 1948, S. 6.

[38] Rundbrief KPD-Bezirksleitung Wasserkante v. 12. 6. 1919, in: SAPMO-BA, I 3/16/25.

[39] Richtlinien für die Reorganisation und die engere Bindung der Ortsgruppenarbeit mit der Unterbezirksarbeit und mit der politischen Arbeit der Bezirksleitung (Undatiert/1925), in: Ebenda, I 3/16/40.

[40] Protokoll Sitzung Org.-Abt. der KPD-Bezirksleitung Wasserkante v. 13. 1. 1928, in: Ebenda, I 3/16/38.

[41] Vgl. KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet an Zentrale v. 4. 4. 1925, in: Ebenda, I 3/18-19/11.

[42] Vgl. ebenda, I 3/18-19/13 u. 14.

[43] Zit. nach Ulrich Eumann, „Strengste Disziplin" oder Resistenz? Das Verhältnis von Parteibasis und politischer Führung in der KPD des Ruhrgebiets 1925–1933 am Beispiel ausgewählter Städte, Magisterarbeit Universität Köln 1995, S. 120.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haltens sein kann. Leitartikel sind zwar die zugänglichste Quelle, aber was besagen sie über die Realität vor Ort?

Partiell resultierte diese Differenz zwischen Zentrale und Basis daraus, daß Presse, Parteiliteratur und Schulungen nur einen Teil der Mitgliederschaft erreichten. Die auf diesem Weg ausgeübte Definitionsmacht der Parteiführung blieb beschränkt; es gab immer Hunderte von Ortsgruppen ohne einen einzigen Abonnenten der Parteizeitung[44]. Und dies betraf auch – wahrscheinlich sogar in zunehmendem Maße – die Funktionäre: Von den 538 Teilnehmern einer Essener Parteiarbeiterkonferenz im August 1932 beispielsweise waren nur 288 Leser des „Ruhr-Echo" – 53,5 Prozent also; selbst unter diesen Funktionären verzichtete fast die Hälfte auf die Lektüre des Bezirksorgans[45]. Vor allem aber ergab sich das beschriebene Auseinanderklaffen aus dem Faktum, daß sich die Mitglieder nie als bloße Befehlsempfänger der Komintern verstanden, obwohl sie sich ein Sowjet-Deutschland wünschten. Ihre immer wieder kritisierte Lokalborniertheit und Kirchturmsperspektive implizierte gesellschaftliche Bodenhaftung, die Orientierung an den eigenen Möglichkeiten und Erfahrungen, den Wunsch, kein Außenseiterdasein zu führen, als respektable proletarische Interessenvertreter anerkannt zu werden und das Stigma einer puren Propagandasekte zu vermeiden. Obwohl sie einen Noske oder einen Zörgiebel zweifellos haßten, lautete die Konsequenz aus dem eigenen Minderheitenstatus in der sozialistischen Arbeiterbewegung in aller Regel: spezifische Nähe zum „großen Bruder", Entwicklung einer milieuinternen Streitkultur. Und obwohl man sich über die ominösen 51 Prozent im Parlament lustig machte, orientierte man sich faktisch doch an den Strategien örtlicher Mehrheitsbeschaffung.

Symptomatisch dafür war folgende Aussage eines Berliner KPD-Funktionärs nach dem „Blutmai" 1929 über die Sozialfaschismus-Parole: „Diese Losung [. . .] ist katastrophal. Das könnten wir dort tun, wo wir in der Mehrheit sind. Aber man stelle sich vor, wie sich das auswirken würde in Betrieben, wo unsere Genossen in der Minderheit sind [. . .]. Ohne die SPD-Arbeiter können wir keinen ökonomischen Kampf führen."[46] Diese Argumentation offenbart zentrale Bausteine des Denkens an der Basis: Die Kräfteverhältnisse der unmittelbaren Umgebung – des Betriebes und der lokalen Gesellschaft – waren die Folie, auf der man Richtlinien rezipierte. Die Chance der eigenen Mehrheitsfähigkeit und Organisationsentfaltung bildete den Maßstab bei der Beurteilung all dessen, was von „oben" kam. Minderheit aber verlangte in dieser Perspektive „Milieu", Brückenschlag zu Verwandten, selbst wenn man sie nur für sich einzuspannen suchte. Und dafür wurde sogar die zentrale Weichenstellung der Komintern für die „Dritte Periode" suspendiert, widersprach man, falls man dabei „erwischt" wurde.

---

[44] Vgl. ausführlich Mallmann, Kommunisten, S. 213ff.

[45] Vgl. Bericht Polizeipräsident Essen v. 28. 8. 1932, in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 30671.

[46] Bericht Org.-Abt. der KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Lausitz über die Berliner Maikämpfe 1929, in: SAPMO-BA, I 3/1-2/73.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Optik beinhaltete Eigen-Sinn, aber auch in allen Parteiphasen die Fähigkeit zum internen Konflikt oder zumindest zur Ignorierung jener Direktiven, die nicht „paßten". „Wir sind nun einmal nicht die gehorsamen Schäfchen, die Teddy [Thälmann] wohl gern aus uns machen wollte", brachte eine Leipziger Kommunistin 1930 diese Haltung auf den Punkt[47]. Daß die Stimmen für das KPD-Volksbegehren zur Auflösung der Bremer Bürgerschaft 1932 die eigene Mitgliederzahl unterschritten[48], daß der kommunistische Betriebsratsvorsitzende der Lübecker Flender-Werft, der die RGO-Politik ablehnte, damit die gesamte örtliche Parteiarbeit lahmlegte[49], daß sich die Gewerkschaftsfunktionäre im Bergbau des Bezirks Halle-Merseburg weigerten, die RGO-Linie zu verfolgen[50], daß die „Roten Betriebsräte" von Harburg 1931 einem RGO-Vertreter der Bezirksleitung, der einen Streik durchsetzen sollte, das Wort verweigerten[51], daß sich von der 150-köpfigen Ullstein-Betriebszelle in Berlin 1930 130 Mitglieder mit ihren 10 Genossen solidarisierten, die wegen „Rechtsopportunismus" ausgeschlossen worden waren[52] – all das sind Beispiele für den Eigensinn an der KPD-Basis, die sich schier endlos erweitern ließen[53].

Auch hier wird man über das Ausmaß und die Tiefe derartiger Differenzen noch streiten können und müssen. Doch allein das Faktum, daß es sie massenweise gab, zerstört das Bild der von „oben" beherrschten Partei und demonstriert jenen Konflikt zweier immanenter Strukturprinzipien, für den ich die Kurzformel „Milieu" contra „Avantgarde" geprägt habe. Es gab – so lautete mein vorläufiges Fazit – durchaus unterschiedliche Realitäten und verschiedene Politiken im Weimarer Kommunismus, wobei die Koexistenz mehrerer Wahrnehmungsweisen und Praktiken keinerlei akzeptierten Pluralismus bedeutete, sondern ständigen Konflikt herausforderte.

4) Leider zeichnet sich Wirschings „etwas pointierte Wiedergabe" meines Buches[54] durch vielfache Unterstellungen aus, die hier aus Platzgründen nur zum Teil korrigiert werden können. Daß er einen Extremfall der Reaktion von „unten" – „und haute mir eins in die Fresse" – zur „Quintessenz der Thesen Mallmanns"[55] erhebt, kennzeichnet die Methode; ein Befund wird zwei Drehungen weitergeschraubt,

---

[47] Zit. nach Carsten Schreiber, Politische Polizei und KPD. Die Politische Abteilung des Polizeipräsidiums Leipzig 1929 bis 1936, Magisterarbeit Universität Leipzig 1998, S. 39f.

[48] Vgl. Inge Marßolek/René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Bremen 1986, S. 72.

[49] Vgl. Ernst Puchmüller, Mit beiden Augen. Ein Erinnerungsbuch, Rostock 1966, S. 93f.

[50] Vgl. Bericht Gewerkschaftsabteilung der KPD-Bezirksleitung Halle-Merseburg (Undatiert/1930), in: SAPMO-BA, I 3/11/52.

[51] Vgl. Klaus Wernecke, Die KPD in Harburg-Wilhelmsburg in der Endphase der Weimarer Republik, in: Jürgen Ellermeyer/Klaus Richter/Dirk Stegmann (Hrsg.), Harburg – Von der Burg zur Industriestadt. Beiträge zur Geschichte Harburgs 1288–1938, Hamburg 1988, S. 428.

[52] Bericht über die Lage im Unterbezirk Zentrum für die Zeit vom 5. 4.–27. 4. 1930, in: SAPMO-BA, I 3/1-2/53.

[53] Vgl. ausführlich Mallmann, Kommunisten, S. 304ff.

[54] Wirsching, Stalinisierung, S. 460.

[55] Ebenda, S. 452.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bis er als absurd erscheint. Daß ich „das ‚Milieu' als den historisch relevanteren Bereich betrachte"[56], läßt sich gleichfalls nicht in meiner Interpretation finden. Natürlich akzentuiere ich die bislang unterbelichtete Eigendynamik von „Milieu", doch ich thematisiere sie stets in Wechselwirkung zur professionellen Avantgarde und der von ihr verkündeten Generallinie, frage nach der jeweiligen Reichweite und Durchsetzungsfähigkeit dieser häufig differierenden Optionen. Daß es eine Beschlußlage der KPD gab, auf deren Formulierung die Basis keinen Einfluß besaß, ist ja ebenso wenig zu bezweifeln wie deren Bedeutung für die Außendarstellung der Partei etwa in der Presse oder im Reichstag, die ausschließlich Sache der Führungsetage war. Allein dadurch war beispielsweise das Sozialfaschismus-Theorem wirklich und wirksam; wieweit es allerdings auch die praktische Arbeit vor Ort bestimmte, ist eine ganz andere Frage.

In denselben Kontext gehört auch Wirschings Behauptung, ich würde den Widerspruch zwischen Milieu und Avantgarde „nicht als konstitutiv für den Charakter der KPD" begreifen[57]. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Nicht umsonst gab ich meinem zweiten Kapitel, in dem ich das Plateau meiner Argumentation entwickelte, den Titel „Nischengesellschaft oder rote Armee? Weichenstellungen und Widersprüche des Weimarer Kommunismus"[58]. Daß ich dabei weder die Eingriffe der Komintern noch die konstitutiven Daten „1914" und „1917" ausblende, wie Wirsching unterstellt[59], läßt sich dort nachlesen.

Wirschings Behauptung, mein Buch sei der „Versuch, die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in einem gleichsam heroischen historiographischen Akt aufzuheben"[60], gehört ebenfalls ins Reich der Unterstellungen. Denn es geht mir gerade nicht um die Aufhebung der Spaltung, sondern um eine präzisere Untersuchung ihrer Dimensionen. Es geht mir um den Versuch, die bislang viel zu programmlastig beantwortete Frage, was mit der sozialistischen Nischengesellschaft des Kaiserreiches nach 1918 geschah, wo, inwieweit und wie lange noch von *einer* Arbeiterbewegung die Rede sein kann, mit lebensweltlicherem Tiefgang genauer zu beantworten. Auch der Vorwurf, meine Interpretation „ebne die Zeitachse der KPD-Geschichte systematisch ein"[61], verfehlt das Ziel. Natürlich habe ich eine systematische Gliederung gewählt und arbeite mich dabei quasi von „innen" nach „außen", von den Mitgliedern zur lokalen Gesellschaft vor. Doch überall dort, wo zeitliche Differenzierungen oder Veränderungen des jeweils analysierten Phänomens erkennbar sind, werden diese auch genannt und entsprechend untersucht. Daß ich eine „zum Teil herabwürdigende Karikatur [...] von der bestehenden Forschung zur Weimarer KPD zeichne"[62], muß ich gleichfalls zurückweisen. Ich argumentiere in meinem Buch gegen

[56] Ebenda.
[57] Ebenda, S. 457.
[58] Mallmann, Kommunisten, S. 18ff.
[59] Vgl. Wirsching, Stalinisierung, S. 457, 460.
[60] Ebenda, S. 459.
[61] Ebenda, S. 457.
[62] Ebenda, S. 460.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eingefahrene Denkfiguren auf diesem Feld, nicht gegen bestimmte Personen. Ich habe deswegen im Darstellungsteil bewußt auf die namentliche Nennung von Historikerinnen und Historikern verzichtet, gerade weil ich diese Auseinandersetzung entpersonalisieren wollte.

Abschließend behauptet Wirsching, ich favorisiere einen „‚besseren' Kommunismus"[63]. Auch dies ist eine Unterstellung. Daß Kommunismus nie ein demokratisches Projekt war, zieht sich wie ein roter Faden durch mein Buch. Daß es allerdings auch einen anderen Kommunismus als den Stalins und Thälmanns gab, einen mit spezifischen Optiken und Rücksichtnahmen, einen lokalgesellschaftlich eingeschmiegten, der in den Richtlinien der Parteiführung eben nicht aufging, das gehört zweifellos auch zu den Botschaften meines Buches. Denn es waren eben diese Brechungen der Generallinie an der Basis, die ich herausarbeiten und in ihrer Systematik analysieren wollte.

[63] Ebenda, S. 465.

dtv

Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit

»Norbert Frei hat ... einen originellen, unser historisches Wissen erweiternden und vertiefenden Forschungsbeitrag geleistet, an dem man nicht wird vorbeigehen können.«
Kurt Sontheimer in ›DIE ZEIT‹

Bitte besuchen Sie uns im Internet: www.dtv.de

dtv 30720. DM 26,90

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte